

Stephan Epp · Viktoriastraße 10 · 33602 Bielefeld

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Zweigertstraße 54
45130 Essen

Bielefeld, den 27. September 2025

Betreff: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld - Widerspruchsstelle wegen Verletzung der Amtspflichten

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das **Jobcenter Arbeitplus Bielefeld - Widerspruchsstelle**, vertreten durch den Geschäftsführer, Herforder Straße 67, 33602 Bielefeld, wegen **schwerwiegender Verletzung der Amtspflichten** und **rechtswidriger Verzögerung** bei der medizinischen Begutachtung.

I. Sachverhalt

Chronologischer Ablauf:

15.08.2025: Untätigkeitsklage mit Antrag auf einstweilige Anordnung

25.08.2025: Erstzugriff des beauftragten MVZ auf meine elektronische Patientenakte (10:03 Uhr) durch Hausarztbesuch (Hausarztwechsel durch Umzug) - **nachweisbar durch Bildschirmfoto und Meldebestätigung**

29.08.2025: Übermittlung der Schweigepflichtsentbindung für das Hausärztliche MVZ Finkenstraße - **nachweisbar durch Foto des Briefkastens der Bundesagentur für Arbeit vom 29.08.2025 (Tag des Einwurfs der Schweigepflichtsentbindung)**

05.09.2025: Letzter dokumentierter Zugriff des MVZ auf meine elektronische Patientenakte (10:00 Uhr) - **nachweisbar durch Bildschirmfoto**

11.09.2025: Beschluss des Sozialgerichts Detmold - Ablehnung der einstweiligen Anordnung (Az.: S 16 AS 832/25 ER)

14.09.2025: Schriftliche Mahnung an das Jobcenter über das interne Postfachsystem - **nachweisbar durch**

Bildschirmfotos

23.09.2025: Ablauf der 4-Wochen-Frist gemäß den fachlichen Weisungen zu § 44 SGB II

Bis heute: Keine Vorlage des Gutachtenergebnisses trotz vollständig vorliegender Unterlagen

II. Rechtliche Bewertung

1. Verletzung der Bearbeitungsfristen

Gemäß den **fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit zu § 44 SGB II** soll ein ärztliches Gutachten **innen 4 Wochen** nach Eingang der vollständigen Unterlagen erstellt werden. Diese Frist ist seit dem **23.09.2025 überschritten**.

2. Behinderung der beruflichen Wiedereingliederung

Das Sozialgericht Detmold stellte in seinem Beschluss vom 26.08.2025 (Az.: S 16 AS 832/25 ER) fest, dass die einstweilige Anordnung abzulehnen sei. Das Gericht führte aus, dass die **besondere Eilbedürftigkeit nicht hinreichend glaubhaft gemacht** wurde.

3. Vollständige Dokumentation

Die lückenlose Beweisführung zeigt:

- **Vollständige und fristgerechte Mitwirkung** meinerseits
- **Nachweisbare Zugriffe des beauftragten MVZ** auf meine Patientenakte
- **Keine sachlichen Hindernisse** für die Gutachtenerstellung

III. Amtspflichtverletzungen

Das Jobcenter hat folgende Amtspflichten verletzt:

1. Verletzung des Förderungsgebots (§ 14 SGB I)

Die Behörde muss die **Eingliederung in Arbeit aktiv fördern**. Durch die Verzögerung wird meine berufliche Wiedereingliederung faktisch behindert.

2. Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht der Behörde (§ 60 SGB I)

Obwohl alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen und das beauftragte MVZ bereits Zugriff auf die Patientenakte hatte, wird das Verfahren ohne erkennbaren Grund verschleppt.

IV. Konkrete Beanstandungen

- **Untätigkeit trotz vollständiger Unterlagen**
- **Keine Reaktion auf meine Mahnung** vom 14.09.2025
- **Behinderung meiner Eingliederungschancen** durch Verzögerung bzw. Untätigkeit

V. Beantragte Maßnahmen

Ich bitte die Dienstaufsicht um folgende Maßnahmen:

- **Sofortige Weisung** an das Jobcenter zur **unverzöglichen Vorlage** des Gutachtenergebnisses
- **Dienstrechtliche Maßnahmen** gegen die verantwortlichen Mitarbeiter
- **Organisatorische Verbesserungen** zur Vermeidung künftiger Verzögerungen
- **Schriftliche Stellungnahme** des Jobcenters zu den Gründen der Verzögerung bzw. Unterlassung

VI. Anlagen

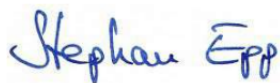
1. Kopie der Untätigkeitsklage mit Antrag auf einstweilige Anordnung vom 15.08.2025
2. Kopie des Beschlusses des Sozialgerichts Detmold vom 26.08.2025 (Az.: S 16 AS 832/25 ER)
3. Bildschirmfotos der Postfachnachricht vom 14.09.2025
4. Bildschirmfotos der Zugriffe auf die elektronische Patientenakte
5. Meldebestätigung, Einweisungsbescheid und Gebührenbescheid
6. Anschreiben der Bundesagentur für Arbeit zur Schweigepflichtsentbindung vom 19.08.2025
7. Weitere relevante Unterlagen

VII. Rechtliches Interesse

Mein rechtliches Interesse an der Dienstaufsichtsbeschwerde ergibt sich aus der **konkreten Beeinträchtigung** meiner Eingliederungschancen und der **Verletzung meiner Rechte als Leistungsbezieher**. Die Verschleppung des Gutachtenverfahrens hindert mich daran, zeitnah an geeigneten Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Ich bitte um **zeitnahe Bearbeitung** dieser Dienstaufsichtsbeschwerde und um **schriftliche Mitteilung** der ergriffenen Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Epp

Anlagen: 7